

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXIX
Verzeichnis der Schaubilder	XLIX

1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts

1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben

I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts	2
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben	2
a) Das Insolvenzrecht als Folge wirtschaftlichen Handelns	2
b) Der Zweck und die Funktionen des Insolvenzverfahrens	4
c) Der Verfahrensablauf im Regelinsolvenzverfahren	5
aa) Das Insolvenzeröffnungsverfahren	6
bb) Die Aufgaben des Insolvenzverwalters	6
cc) Die Feststellung der Forderungen und die Erlösverteilung	7
dd) Das Insolvenzplanverfahren	8
2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken	8
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts	10
1. Die Bedeutung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung	10
2. Das Altertum und das römische Recht	10
a) Die Ansätze einer insolvenzrechtlichen Rechtspraxis im Orient	10
b) Das römische Privatrecht	11
aa) Die Personalexekution des Legisaktionenverfahrens	11
bb) Die Vermögensexekution im Formularprozess	12
3. Die europäischen Entwicklungen und die Neuzeit	13
a) Das italienische Statutarrecht der frühen Neuzeit	13
b) Der Konkursprozess nach Salgado de Samoza	14
c) Das kaufmännische Insolvenzrecht im Frankreich des 17. Jahrhunderts	15
4. Die Entwicklung des gemeinrechtlichen deutschen Konkurses	16
a) Der Einfluss des italienischen Statutarrechts auf deutsche Handelsstädte	16
b) Die landesrechtlichen Regelungen in der Neuzeit	16
c) Das so genannte gemeinrechtliche Konkursverfahren	17
5. Von der Reichskonkursordnung zur Insolvenzrechtsreform	19
a) Die Entstehung der Konkursordnung für das Deutsche Reich	19
b) Die Vergleichsordnung und die Gesamtvollstreckungsordnung	21
6. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung	24

2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens

I. Das Insolvenzgericht	28
1. Allgemeine Vorüberlegungen	28
a) Das Insolvenzverfahren als gerichtliches Verfahren	28

b) Die Gewährung des rechtlichen Rahmens durch das Insolvenzgericht	29
2. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	30
a) Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts	30
b) Die örtliche Zuständigkeit	31
aa) Die Zuständigkeit nach dem allgemeinen Gerichtsstand des Schuldners	31
bb) Die Zuständigkeit nach dem Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit	32
cc) Der Kompetenzkonflikt bei mehrfacher Zuständigkeit	33
dd) Die Ausschließlichkeit der örtlichen Zuständigkeit	34
ee) Die besondere örtliche Zuständigkeit im Nachlassinsolvenzverfahren	34
c) Die funktionelle Zuständigkeitsverteilung am Insolvenzgericht	35
aa) Die Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	35
bb) Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger	35
3. Die Aufgaben des Insolvenzgerichts	37
a) Die allgemeine Leitung des Insolvenzverfahrens	37
b) Die Stellung des Gerichts gegenüber dem Insolvenzverwalter	39
aa) Das allgemeine Aufsichtsrecht des Insolvenzgerichts	39
bb) Die Entlassung aus dem Amt	40
c) Die Stellung des Gerichts gegenüber den Gläubigern	41
4. Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts	41
a) Die subsidiäre Geltung der Zivilprozessordnung	41
b) Der Grundsatz der Amtsermittlung	42
c) Die Vornahme von Zustellungen im Insolvenzverfahren	43
d) Die öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren	44
aa) Die Bewirkung der öffentlichen Bekanntmachung	44
bb) Die Wirkungen der öffentlichen Bekanntmachung	45
e) Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde	46
aa) Die Beschwerde als allgemeines Rechtsmittel	46
bb) Die besondere Anfechtbarkeit von Rechtspflegerentscheidungen	47
f) Die Gewährung rechtlichen Gehörs	48
aa) Rechtliches Gehör und Anhörung	48
bb) Die Gewährung rechtlichen Gehörs in Einzelfällen	48
g) Die Anwendung kostenrechtlicher Vorschriften	48
aa) Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens	48
bb) Die Kostentragungspflicht im Insolvenzverfahren	49
cc) Die Gewährung der Kostenstundung	50
II. Der Schuldner im Insolvenzverfahren	52
1. Die Insolvenzverfahrensfähigkeit	52
a) Der Begriff der Insolvenzverfahrensfähigkeit	52
b) Die natürliche Person als Schuldner	53
aa) Der Grundsatz der Insolvenzverfahrensfähigkeit	53
bb) Die Unterscheidung zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenz	53
c) Die juristische Person als Schuldner	55
d) Die Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit als Schuldner	57
e) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	58
f) Die insolvenzverfahrensfähigen Sondervermögen	61
aa) Das Nachlassinsolvenzverfahren	61
bb) Das internationale Insolvenzrecht	62

g) Die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts	63
2. Die allgemeinen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	64
a) Die vermögens-, familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	64
aa) Die vermögensrechtlichen Wirkungen im Überblick	64
bb) Die familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	65
b) Die handels- und gesellschaftsrechtlichen Wirkungen	66
aa) Die handelsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	66
bb) Die gesellschaftsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	67
cc) Die Vollbeendigung der Gesellschaft im Insolvenzverfahren	68
dd) Die Geltendmachung der persönlichen Haftung bei Personengesellschaften	70
ee) Die Auflösung der Gesellschaft in der Gesellschafterinsolvenz	71
c) Die staatsbürgerlichen und standesrechtlichen Folgen der Insolvenz	73
3. Die Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren	74
a) Die allgemeine Auskunftspflicht des Schuldners	74
b) Die Mitwirkungspflicht gegenüber dem Insolvenzverwalter	75
c) Die Präsenzpflicht des Schuldners	75
d) Die Durchsetzung der Schuldnerpflichten durch das Insolvenzgericht	75
4. Die Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren	77
a) Die allgemeinen Verfahrensrechte	77
b) Das Recht auf Unterhaltsgewährung	77
5. Die Bildung der Insolvenzmasse	78
a) Der Schuldner als Rechtsträger der Insolvenzmasse	78
b) Die Insolvenzmasse als Haftungsobjekt der Insolvenzgläubiger	79
c) Die Bildung der Insolvenzmasse nach § 35 und § 36 InsO	79
aa) Das Vermögen des Schuldners im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung	80
bb) Das der Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen	82
cc) Der so genannte Neuerwerb	83
dd) Die Besonderheiten bei laufenden Bezügen des Schuldners	84
ee) Das Handelsgeschäft oder die freiberufliche Praxis des Schuldners	86
d) Die Insolvenzmasse in den Sonderinsolvenzen	88
aa) Die Insolvenzmasse bei der Gütergemeinschaft nach § 37 InsO	88
bb) Die Insolvenzmasse im Nachlassinsolvenzverfahren	88
e) Der Streit um die Massezugehörigkeit	89
f) Die Freigabe einzelner Massegegenstände durch den Insolvenzverwalter	90
III. Der Insolvenzverwalter	91
1. Die Bedeutung des Insolvenzverwalters	91
a) Der Insolvenzverwalter als zentrale Person des Verfahrens	91
b) Die Rechtsstellung gegenüber anderen Verfahrensbeteiligten	92
2. Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht	93
a) Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	93
b) Die Bestellung des Insolvenzverwalters mit Insolvenzeröffnung	93
c) Die sachlichen und persönlichen Anforderungen an den Insolvenzverwalter	94
3. Die Wahl des Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung	96

a) Die Wahl des Insolvenzverwalters als Ausfluss der Gläubiger- autonomie	96
b) Die Voraussetzungen der Verwalterwahl	97
c) Die Bestätigung des Insolvenzverwalters durch das Gericht	97
4. Der Beginn und das Ende des Verwalteramtes	99
a) Die Annahme des Verwalteramtes	99
b) Die Beendigung des Amtes	99
5. Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters	100
a) Der Theorienstreit um das Verwalteramt	100
b) Der Insolvenzverwalter als Partei kraft Amtes	100
c) Der Insolvenzverwalter als spezifisches Vertretungsorgan des Schuldners	102
6. Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick	102
a) Die Inbesitznahme der Insolvenzmasse	102
b) Die Pflicht zur Inventarisierung und Bilanzierung der Insolvenz- masse	104
c) Die handels- und steuerrechtlichen Buchführungspflichten	104
d) Die Verwertung der Insolvenzmasse	105
e) Der Insolvenzverwalter als Unternehmer	106
f) Die Pflicht zur Forderungserfassung und Forderungsprüfung	107
g) Die Verteilung der Insolvenzmasse	107
7. Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern	107
8. Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters	108
a) Die Haftung im Rahmen der Erfüllung insolvenzrechtlicher Pflichten	108
b) Die besondere Haftung gegenüber Massegläubigern	110
9. Die Vergütung des Insolvenzverwalters	112
a) Der Anspruch des Insolvenzverwalters auf angemessene Vergütung	112
b) Das Grundsystem der Vergütungsgewährung	113
aa) Die Bestimmung der Insolvenzmasse als Berechnungs- grundlage	113
bb) Die Bestimmung der so genannten Regelvergütung	113
cc) Die Erhöhung oder Kürzung der Vergütung	113
dd) Der Ersatz von Auslagen und Umsatzsteuer	114
c) Das Verfahren der Vergütungsgewährung	115
d) Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	115
e) Die Vergütung des Treuhänders im Verbraucherinsolvenz- verfahren	116
IV. Die Gläubiger im Insolvenzverfahren	116
1. Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick	116
2. Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens	118
a) Der Grundsatz des § 53 InsO	118
b) Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO	119
c) Die sonstigen Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 1 InsO	119
aa) Die Verbindlichkeiten aus Handlungen des Insolvenz- verwalters	120
bb) Die Verbindlichkeiten aus der Erfüllung gegenseitiger Verträge	122
cc) Die Verbindlichkeiten aus ungerechtfertigter Bereicherung	122
d) Die weiteren Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens	123
aa) Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzeröffnungs- verfahrens	123
bb) Die übrigen Masseverbindlichkeiten	125
e) Die Beteiligung der Massegläubiger am Insolvenzverfahren	126

3. Die Insolvenzgläubiger	127
a) Die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO	127
aa) Die Definition des Insolvenzgläubigers	127
bb) Besondere Arten von Insolvenzforderungen	129
cc) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners	131
b) Die nachrangigen Insolvenzforderungen nach § 39 InsO	133
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO	135
a) Die systematische Einordnung von Aussonderung und Absonderung	135
b) Das Aussonderungsrecht nach § 47 InsO	136
c) Die Ersatzaussonderung nach § 48 InsO	138
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49 ff. InsO	140
a) Grundsätze zum Absonderungsrecht	140
b) Die Absonderungsrechte an Grundstücken nach § 49 InsO	141
c) Die Absonderungsrechte an beweglichen Gegenständen nach § 50 InsO	143
d) Die sonstigen Absonderungsrechte nach § 51 InsO	144
e) Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt	145
aa) Die Verwaltungstreuhand	146
bb) Die Sicherungsübereignung	146
cc) Der Eigentumsvorbehalt	147
f) Die Ersatzabsonderung analog § 48 InsO	147
g) Die Verwertung durch den Insolvenzverwalter	148
aa) Die Verwertung beweglicher Gegenstände, § 166 InsO	148
bb) Die Erlösverteilung nach §§ 170 ff. InsO	150
cc) Die Verwertung durch den Gläubiger	151
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenz- verfahren	152
a) Individual- und Kollektivbefugnisse	152
b) Antrags- und Initiativrechte	153
c) Beteiligungsrechte und Einspruchsrechte	154
d) Anhörungsrechte und Beschwerdebefugnis	154
7. Die Gläubigerversammlung als Organ der Gläubigergemeinschaft	156
a) Die Gläubigerversammlung im Regelinsolvenzverfahren	156
b) Die Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung	157
c) Die Einberufung und Leitung der Gläubigerversammlung	159
d) Die Beschlussfassung der Gläubiger	161
8. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan	167
a) Die Rechtsstellung des Gläubigerausschusses	167
b) Die Einsetzung des Gläubigerausschusses	168
aa) Die Einsetzung durch die Gläubigerversammlung	168
bb) Die Zulässigkeit eines Gläubigerausschusses im Eröffnungs- verfahren	169
cc) Die Zusammensetzung des Gläubigerausschusses	169
c) Die Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	171
aa) Die allgemeine Aufgabenstellung des § 69 InsO	171
bb) Die Zustimmungspflichten nach §§ 160 ff. InsO	171
cc) Antrags- und Initiativrechte	172
dd) Zusammenkunft und Beschlussfassung	172

2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens

3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	175
1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens	175
2. Das Antragsersfordernis des § 13 InsO	177
a) Der Antragsgrundsatz des § 13 InsO	177
b) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Insolvenzantrag	178
3. Die Stellung des Insolvenzantrags durch den Schuldner und durch einen Gläubiger	180
a) Der Insolvenzantrag des Schuldners	180
aa) Das Recht zur Antragstellung	180
bb) Die inhaltlichen Anforderungen an den Insolvenzantrag	180
cc) Der Insolvenzantrag bei juristischen Personen und Personengesellschaften	181
dd) Die Insolvenzantragspflicht bei beschränkter Haftung der Insolvenzmasse	182
b) Der Insolvenzantrag eines Gläubigers	187
aa) Das Recht zur Antragstellung	187
bb) Die Anforderungen an einen Insolvenzantrag des Gläubigers nach § 14 InsO	189
cc) Die Schadensersatzpflicht des Gläubigers bei mutwilliger Antragstellung	191
dd) Die Stellung mehrerer Insolvenzanträge gegen den Schuldner	192
c) Die Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	192
d) Die Rücknahme des Insolvenzantrags	193
aa) Die Antragsrücknahme bis zur Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	193
bb) Die Erledigung des Insolvenzantrags in der Hauptsache	194
4. Die Prüfung der Zulässigkeit des Insolvenzantrags durch das Gericht	195
a) Die Prüfung der Zulässigkeit durch das Insolvenzgericht	195
b) Die Maßnahmen nach Zulassung des Insolvenzantrags	196
aa) Die Anhörung des Schuldners beim Gläubigerantrag nach § 14 Abs. 2 InsO	196
bb) Die Mitwirkungspflicht des Schuldners nach § 20 Abs. 1 InsO	197
II. Die Prüfung des Insolvenzgrundes nach § 16 InsO	197
1. Der Amtsermittlungsgrundsatz im Insolvenzeröffnungsverfahren	197
a) Die Prüfung der Begründetheit des Insolvenzantrags	197
b) Die Beauftragung eines Sachverständigen im Insolvenzeröffnungsverfahren	198
2. Die Insolvenzgründe der §§ 17 ff. InsO	199
a) Der allgemeine Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO	199
aa) Die Tatbestandsmerkmale der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 Abs. 2 Satz 1 InsO	199
bb) Die Zahlungseinstellung als gesetzliche Vermutung des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit	205
b) Die drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO	206

c) Die Überschuldung als weiterer Insolvenzgrund nach § 19 InsO ...	207
aa) Der Anwendungsbereich des § 19 InsO	207
bb) Die Definition der Überschuldung nach § 19 Abs. 2 InsO	208
III. Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO	211
1. Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO	211
2. Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick	212
3. Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO	214
a) Die Anordnung des allgemeinen Verfügungsverbots	214
b) Die Anordnung eines so genannten Zustimmungsvorbehalts	217
4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO	218
a) Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters je nach Anordnung der Verfügungsbeeinträchtigung gegen den Schuldner	218
aa) Der so genannte starke vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 1 InsO	220
bb) Der so genannte schwache vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 2 InsO	224
b) Einzelne praktische Fragen der vorläufigen Insolvenzverwaltung	226
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO	229
a) Inhalt und Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO	229
aa) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger	230
bb) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Maßnahmen	230
cc) Die Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach §§ 775, 776 ZPO	232
b) Einzelne Fallgruppen der Zwangsvollstreckung bei Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	233
c) Keine Geltung des § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO bei Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	234
aa) Die Einstellung der Zwangsversteigerung nach § 30 d Abs. 4 ZVG	235
bb) Die Eintragung einer Sicherungshypothek nach §§ 866, 867 ZPO	237
6. Die Anordnung einer einstweiligen Postsperre nach § 21 Abs. 2 Nr. 4 mit § 99 InsO	237
7. Die Anordnung von Maßnahmen gegen die Person des Schuldners nach § 21 Abs. 3 InsO	238
8. Das Verfahren der Anordnung laufender Sicherungsmaßnahmen	238
a) Der Ermessensspielraum des Insolvenzgerichts nach § 21 Abs. 1 Satz 1 InsO	238
b) Die Frage der Anhörung des Schuldners	238
c) Die Wirksamkeit der Anordnung entsprechend § 27 Abs. 2 Nr. 3 InsO	239
d) Die öffentliche Bekanntmachung und Eintragung in das Grundbuch nach § 23 InsO	239
e) Die sofortige Beschwerde gegen die einstweiligen Anordnungen nach § 21 Abs. 1 Satz 2 InsO	240
9. Die Aufhebung der einstweiligen Sicherungsmaßnahmen	240
IV. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	242

1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenz- eröffnungsverfahrens	242
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO	243
a) Die Massekostendeckung nach §§ 26 und 54 InsO	243
b) Der Massekostenvorschuss und die Kostenstundung	244
c) Der Erlass des Abweisungsbeschlusses	245
d) Die Wirkungen der Abweisung mangels Masse gegen den Schuldner	246
aa) Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 26 Abs. 2 InsO	246
bb) Die gesellschaftsrechtlichen Folgen der Abweisung mangels Masse	247
cc) Die Haftung des Schuldners bei Insolvenzantragspflicht nach § 26 Abs. 3 InsO	247
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO	248
a) Der Inhalt des Insolvenzeröffnungsbeschlusses nach § 27 Abs. 2 InsO	248
b) Die Mitteilung und Bekanntmachung der Insolvenzeröffnung an den Rechtsverkehr	250
c) Die sofortige Beschwerde gegen die Insolvenzeröffnung nach § 34 InsO	250

4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren

I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung	253
1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter	253
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht	253
a) Die Forderungsanmeldung und Forderungsprüfung	253
b) Die Durchführung der Verteilungen	254
II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen	254
1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren	254
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	255
a) Die Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	255
b) Die Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 174 Abs. 3 InsO	256
c) Keine Anmeldung von Masseverbindlichkeiten	256
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung	257
a) Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO	257
b) Die Form der Anmeldung	257
c) Der Adressat der Anmeldung	258
d) Der Inhalt der Forderungsanmeldung	258
aa) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung	258
bb) Die Angabe des Forderungsgrundes	258
cc) Die Angabe abgesonderter Befriedigung	259
dd) Die Anmeldung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	259
e) Die Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung	259
4. Die Behandlung der Forderungsanmeldung	260
a) Die Vorprüfung der Forderungsanmeldung	260
b) Die Anlegung der Insolvenztabelle und Niederlegung bei Gericht nach § 175 Abs. 1 InsO	261

III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung	261
1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO	261
a) Der allgemeine Prüfungstermin als Gläubigerversammlung	261
b) Die Prüfung der angemeldeten Forderungen nach § 176 Satz 2 InsO	262
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen	263
a) Die Alternativen der Feststellung oder des Bestreitens	263
b) Die Feststellung einer Insolvenzforderung	264
c) Das Bestreiten einer Forderung	265
aa) Das Recht, eine Forderung zu bestreiten	265
bb) Der Inhalt des Bestreitens	266
cc) Die Eintragung des Widerspruchs in die Insolvenztabelle	267
d) Die klageweise Feststellung einer Forderung nach Bestreiten	268
aa) Das Ergebnis der Forderungsprüfung nach § 178 InsO	268
bb) Die Feststellung einer bisher nicht durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	268
cc) Die Feststellung einer bereits durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	272
3. Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO	274
a) Die Voraussetzungen des besonderen Prüfungstermins	274
b) Die Bestimmung des besonderen Prüfungstermins durch das Insolvenzgericht	274
c) Die schriftliche Forderungsprüfung	276
IV. Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung	276
1. Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung	276
a) Die Aufstellung des Verzeichnisses durch den Insolvenzverwalter	276
aa) Die Aufnahme der Insolvenzforderungen in das Verteilungs- verzeichnis	276
bb) Die Berücksichtigung streitiger Insolvenzforderungen	277
cc) Die Berücksichtigung absonderungsberechtigter Insolvenz- gläubiger	277
dd) Die Berücksichtigung bedingter Forderungen	279
b) Die Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis	279
2. Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO	280
3. Die Schlussverteilung nach § 196 InsO	281
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung	281
aa) Die vollständige Verwertung der Insolvenzmasse	281
bb) Die Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenz- gerichts	282
b) Die Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schluss- verzeichnis	283
aa) Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters	283
bb) Die Anforderungen an die Schlussrechnung und den Schluss- bericht	283
cc) Die Vorlage des Schlussverzeichnisses	284
c) Das Prüfungsrecht und die Prüfungspflicht des Insolvenzgerichts	285
aa) Der Umfang der gerichtlichen Prüfung	285
bb) Die Genehmigung der Schlussverteilung und die Anberaumung des Schlusstermins	285
d) Der Schlusstermin nach § 197 InsO	286
aa) Die Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters nach § 197 Abs. 1 Nr. 1 InsO	286
bb) Die Erhebung von Einwendungen gegen das Schluss- verzeichnis nach § 197 Abs. 1 Nr. 2 InsO	287

cc) Die Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände nach § 197 Abs. 1 Nr. 3 InsO	288
dd) Die Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte	288
e) Die Vornahme der Schlussverteilung durch den Insolvenzverwalter	288
f) Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 200 InsO	289
4. Die Nachtragsverteilung nach § 203 InsO	290
a) Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO	290
b) Die Anordnung der Nachtragsverteilung durch das Insolvenzgericht	291
c) Der Vollzug der Nachtragsverteilung durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO	292
5. Die Einstellung des Insolvenzverfahrens aus sonstigen Gründen	292
a) Die Arten der Verfahrenseinstellung im Überblick	292
b) Die Einstellung wegen Masselosigkeit nach § 207 InsO	294
aa) Die Einstellung wegen Masselosigkeit als Gegenstück zur Abweisung mangels Masse	294
bb) Die Durchführung der Einstellung des Verfahrens	294
c) Die Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit nach §§ 208 ff. InsO	295
aa) Der Begriff der Masseunzulänglichkeit	295
bb) Die Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter	296
cc) Die Wirkung der Masseunzulänglichkeit gegenüber den Massegläubigern	297
dd) Die Rangfolge der Masseverbindlichkeiten nach § 209 InsO ..	298
ee) Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 211 ff. InsO	299
d) Die Einstellung bei Wegfall des Eröffnungsgrundes nach § 212 InsO	300
e) Die Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger nach § 213 InsO ..	300

3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht

5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung

I. Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO	301
1. Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung	301
2. Der Begriff der Verfügungsbefugnis	302
a) Die Systematik der Verfügungsbeeinträchtigungen	302
b) Der Eintritt der Verfügungsentziehung mit Insolvenzeröffnung	304
3. Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter ..	305
4. Die Unwirksamkeit anderer Verfügungsverbote nach § 80 Abs. 2 InsO	305
a) Die Arten von Veräußerungsverboten	305
b) Die Wirksamkeit der Zwangsvollstreckung	306
II. Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	306
1. Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung	306
2. Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	307
a) Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit nach § 81 Abs. 1 Satz 1 InsO	307

b) Die Verfügungen über insolvenzfreies Vermögen	309
c) Die Verfügungen eines Vertreters	310
3. Die Verfügung über künftige Dienstbezüge nach § 81 Abs. 2 InsO	310
4. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenz- verwalter	311
a) Die Geltendmachung des dinglichen Anspruchs	311
b) Die Abwicklung der unwirksamen Verfügung im Ganzen	311
5. Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO	312
a) Der sonstige Tatbestand zum Rechtserwerb im Sinne des § 91 Abs. 1 InsO	312
b) Der sonstige Tatbestand im Bereich des Fahrnisserwerbs	313
aa) Die Übereignung, Verpfändung und Abtretung von Gegen- ständen und Rechten der Insolvenzmasse	313
bb) Der aufschiebend bedingte Rechtserwerb	315
cc) Der Eigentumserwerb kraft gesetzlichen Tatbestandes	316
c) Die Unwirksamkeit von Verfügungen über Immobilienvermögen ..	316
aa) Die Übertragung des Eigentums am Grundstück	316
bb) Die Bestellung eines beschränkten dinglichen Rechts	317
cc) Die Bestellung einer Vormerkung	318
dd) Die Bestellung und Übertragung von Grundpfandrechten	320
III. Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners	323
1. Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners	323
2. Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB	324
3. Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO	326
a) Die allgemeinen Voraussetzungen des § 878 BGB	326
b) Der wirksame Erwerb des Eigentums am Grundstück	328
c) Der wirksame Erwerb der Vormerkung	329
d) Der wirksame Erwerb von Grundpfandrechten	330
4. Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb	331
a) Der gutgläubige Erwerb nach § 892 Abs. 1 Satz 2 BGB	331
aa) Der gutgläubige Erwerb des Eigentums am Grundstück	333
bb) Der gutgläubige Erwerb der Vormerkung	335
cc) Der gutgläubige Erwerb von Grundstücksrechten	337
b) Kein gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen	338
5. Die Anfechtbarkeit des Rechtserwerbs durch den Insolvenz- verwalter	339

6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung

I. Die Leistungserfüllung an den Schuldner	340
1. Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO	340
2. Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO	341
a) Die Leistung zur Insolvenzmasse	341
b) Die Leistung an den Schuldner selbst	341
aa) Die Leistung ohne Kenntnis der Insolvenzeröffnung	341
bb) Die Beweislastregel des § 82 Satz 2 InsO	342
cc) Die Kenntnis des Drittschuldners bei Vornahme der Leistungshandlung	343
c) Die Geltung des § 82 InsO im bargeldlosen Zahlungsverkehr	344
aa) Die Insolvenz des Leistungsempfängers	344
bb) Die Insolvenz des Leistenden	346
3. Die Folgen unwirksamer Leistung	349

II. Die Leistung auf ein im Grundbuch eingetragenes Recht	350
1. Die Unterscheidung der Leistungsarten	350
a) Die Leistung auf ein Grundpfandrecht	350
b) Die Leistung auf eine Reallast	352
2. Die Anwendung der Gutgläubensvorschrift des § 892 BGB	352
7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse	
I. Die Prozessunterbrechung nach § 240 ZPO	355
1. Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85 ff. InsO	355
2. Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten	356
a) Zivilprozessuale Verfahren	356
b) Verwaltungsverfahren und Steuerfestsetzungsverfahren	356
3. Der Eintritt der Unterbrechungswirkung	357
a) Die Unterbrechung mit Verfahrenseröffnung	357
b) Die Rechtshängigkeit des Verfahrens	358
c) Die Unterbrechung bei Streitgenossenschaft	358
aa) Die Unterbrechung bei notwendiger und einfacher Streitgenossenschaft	358
bb) Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	359
4. Die Wirkung der Unterbrechung	359
a) Die Fristunterbrechung nach § 249 ZPO	359
b) Die Unwirksamkeit von Prozesshandlungen	360
c) Die Verkündung gerichtlicher Entscheidungen	360
II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO	360
1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	360
a) Der Begriff des Aktivprozesses	360
b) Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	361
c) Die Form der Aufnahme	361
d) Die Kosten des Rechtsstreits	361
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO	363
a) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	363
b) Freigabe der streitbefangenen Sache	363
III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO	364
1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche	364
a) Der Begriff des Passivprozesses	364
b) Aussonderung, Absonderung, Masseansprüche	364
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil	365
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis	365
IV. Der Prozess wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO	366
1. Keine Prozessaufnahme	366
2. Anmeldung der Forderung zur Tabelle	366
V. Exkurs: Die Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	366
1. Die Anwendung des § 116 Satz 1 Nr. 1 ZPO auf den Insolvenz- verwalter	366
2. Die sachlichen Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskosten- hilfe	367
a) Die Haftung der Insolvenzmasse	367
b) Die Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte	367

8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung	
I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen	370
1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen	370
2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung	371
II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen	372
1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen	372
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungs- verfahren	372
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung	373
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenz- verfahren	373
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung	373
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren	375
III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung	375
1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO	375
a) Die von der Rückschlagsperre betroffenen Gläubiger	376
aa) Die Insolvenzgläubiger und absonderungsberechtigten Gläubiger	376
bb) Die Massegläubiger nach § 55 InsO	377
b) Der zeitliche Umfang der Rückschlagsperre	377
aa) Die Monatsfrist im Regelinsolvenzverfahren	377
bb) Die Dreimonatsfrist im Verbraucherinsolvenzverfahren	378
c) Die Sicherung des Gläubigers durch Zwangsvollstreckung	379
aa) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	379
bb) Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das unbe- wegliche Vermögen	381
2. Die Wirkungen der Rückschlagsperre	383
a) Der Wegfall des Pfändungspfandrechts	383
b) Die Unzulässigkeit von Zwangsversteigerung und Zwangs- verwaltung	384
c) Die Unwirksamkeit der Sicherungshypothek	385
d) Die Unwirksamkeit bei Arrestvollziehung und einstweiliger Verfügung	388
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenz- verwalter	388
4. Die Befriedigung des Gläubigers während des maßgeblichen Zeitraums	390
IV. Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren	392
1. Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenz- eröffnung	392
2. Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger	392
a) Die Insolvenzgläubiger	392
b) Die absonderungsberechtigten Gläubiger	393
c) Die Aussonderungsberechtigten	393
d) Die Massegläubiger	393
e) Die Neugläubiger des Schuldners	394
3. Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen	395
a) Die Insolvenzmasse und das insolvenzfremde Vermögen	395
b) Das ausländische Vermögen des Schuldners	395
4. Die vom Vollstreckungsverbot erfassten Vollstreckungs- maßnahmen	397

a) Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	397
aa) Die einzelnen Vollstreckungsmaßnahmen	397
bb) Die Heilung fehlerhafter Vollstreckungsakte	398
cc) Die Zulässigkeit vorbereitender Handlungen der Zwangs- vollstreckung	399
b) Die Eintragung einer Sicherungshypothek in das Grundbuch	399
c) Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	401
d) Die Zwangsvollstreckung wegen besonderer Ansprüche	401
5. Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen	402
a) Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO	402
b) Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	402
V. Das Arbeitseinkommen des Schuldners	402
1. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenz- masse	402
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenz- gläubiger	403
a) Die Zulässigkeit der Pfändung vor Insolvenzeröffnung	403
b) Die Unwirksamkeit der Pfändung nach § 114 Abs. 3 InsO	404
c) Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Unterhalts- gläubiger	407
3. Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens	410
a) Das Verbot der Zwangsvollstreckung nach § 89 Abs. 2 InsO	410
b) Die Pfändung durch einen Unterhaltsgläubiger	411
VI. Die Besonderheiten der Zwangsversteigerung und der Zwangs- verwaltung	411
1. Die Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers	411
2. Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens	412
a) Die Voraussetzungen der Einstellung nach § 30 d ZVG	412
b) Das Verfahren der Einstellung auf Antrag des Insolvenz- verwalters	413
c) Die Zinszahlungspflicht des Insolvenzverwalters nach § 30 e ZVG	414
3. Die Zwangsversteigerung auf Antrag des Insolvenzverwalters	416
a) Die Besonderheiten der Insolvenzversteigerung nach § 172 ZVG	416
b) Der Antrag des dinglich Berechtigten nach § 174 ZVG	416
c) Der Antrag des Insolvenzverwalters nach § 174 a ZVG	417
4. Die Zwangsverwaltung im Insolvenzverfahren	419

9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung

I. Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO	420
1. Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren	420
a) Der persönliche Anwendungsbereich der §§ 94 ff. InsO	420
b) Die Prüfungsreihenfolge zur Aufrechnung	421
2. Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB	422
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Aufrechnung	422
b) Die Besonderheiten in der Insolvenz der Personengesellschaft	423
3. Die Wirkungen wirksam erklärter Aufrechnung	424
II. Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO	425
1. Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen	425
2. Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 Satz 3 InsO	426
3. Die Aufrechnung bei unterschiedlichen Währungseinheiten	427

III. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO	427
1. Die Fälle unzulässiger Aufrechnung	428
a) Die Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen Masseansprüche	428
b) Die künstlich hergestellte Aufrechnungslage	429
aa) Das Verbot des Forderungshandels zu Lasten der Insolvenz-	
masse	429
bb) Der Rückerwerb abgetretener Forderungen	430
c) Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage	431
aa) Der anfechtbare Forderungserwerb kraft Verfügungs-	
geschäft	431
bb) Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage kraft Rechts-	
geschäft	433
d) Die Unzulässigkeit der Aufrechnung des Neugläubigers	434
e) Die Zulässigkeit der Aufrechnung im internationalen Zahlungs-	
raum	434
IV. Die Wirksamkeit einer Aufrechnung vor Insolvenzeröffnung	435
1. Die Anfechtbarkeit der Aufrechnung	435
2. Die Zulässigkeit der Aufrechnung im Insolvenzeröffnungsverfahren	436
V. Die Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Forderungen	437
1. Die Aufrechnung von Steuerforderungen	437
2. Die Verrechnung von Sozialleistungsansprüchen	437

10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse

I. Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz	439
1. Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen	439
2. Die typischen Interessenlagen der Vertragsparteien	440
a) Die Abwicklung nicht erfüllter gegenseitiger Verträge	440
b) Die Erfüllung vormerkungsgesicherter Ansprüche	440
c) Die Besonderheiten beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt	441
d) Die Abwicklung von Dauerschuldverhältnissen	441
II. Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103 ff. InsO	442
1. Der Begriff des gegenseitigen Vertrages	442
a) Der gegenseitige Vertrag im Sinne des § 320 BGB	442
b) Die Erfassung gesetzlicher Schuldverhältnisse mit Gegen-	
seitigkeitscharakter	445
c) Die Unanwendbarkeit der §§ 103 ff. InsO	445
aa) Die Zugehörigkeit des Leistungsgegenstandes zur Insolvenz-	
masse	445
bb) Der Gesellschaftsvertrag	446
cc) Die banktypischen Vertragsverhältnisse	446
dd) Die einseitig oder unvollkommen zweiseitig verpflichtenden	
Verträge	446
2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung	447
a) Der Begriff der vollständigen Leistungserfüllung	447
aa) Die Erfüllung von Haupt- und Nebenleistungspflichten	448
bb) Die nicht vollständige Leistungserfüllung bei mangelhafter	
Leistung	451
b) Der Vertrag ist von einer Seite vollständig erfüllt	454
aa) Die vollständige Leistung durch den Schuldner	454
bb) Die vollständige Leistung durch den Vertragspartner	454
c) Der Vertrag ist von keiner Seite vollständig erfüllt	454

3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungsansprüche	455
a) Die Entwicklung einer Dogmatik zu § 17 KO und zu § 103 InsO	455
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	457
aa) Die so genannte „Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 106, 236 ..	457
bb) Die Differenzierung bei teilbarer Leistungserfüllung nach BGHZ 129, 336	458
cc) Die „modifizierte Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 150, 353 ..	460
c) Die Wirkung der Insolvenzeröffnung gegenüber den Ansprüchen des Vertragspartners	461
4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter	462
a) Die deklaratorische Wahl der Nichterfüllung	462
aa) Die Aufforderung des Vertragspartners nach § 103 Abs. 2 Satz 2 InsO	463
bb) Der Schadensersatzanspruch nach § 103 Abs. 2 Satz 1 InsO ..	464
b) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenz- eröffnung	466
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner	466
bb) Die teilweise Leistung durch den Schuldner	466
5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO	468
a) Die konstitutive Wahl der Erfüllung	468
b) Die Wirkungen der Erfüllungswahl	469
aa) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Vertragspartners als Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 InsO	469
bb) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Insolvenz- verwalters	469
c) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenz- eröffnung	470
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner	470
bb) Die Besonderheiten bei mangelhafter Leistung des Vertrags- partners	470
cc) Die teilweise Leistung durch den Schuldner	471
dd) Die Vertragserfüllung bei beiderseits teilweiser Leistung	471
6. Die Abwicklung besonderer Vertragsverhältnisse	474
a) Die Abwicklung von Warentermin- und Finanztermingeschäften nach § 104 InsO	474
b) Die Abwicklung von Wiederkehrschuldverhältnissen und insbesondere von Energielieferungsverträgen	474
III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO	476
1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB	476
a) Das Sicherungsbedürfnis des künftigen Rechtsinhabers	476
b) Der vormerkbare Anspruch nach § 883 Abs. 1 BGB	476
c) Die Eintragung der Vormerkung nach § 885 BGB	477
2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung	478
a) Die Voraussetzungen des § 106 InsO	478
aa) Die Wirksamkeit der Vormerkungsbestellung	478
bb) Die mögliche Anfechtbarkeit der Vormerkung	479
cc) Kein Erfordernis eines gegenseitigen Vertrages	480
b) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Anspruchserfüllung und zur Vertragserfüllung	482
3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag	482
a) Der Bauträgervertrag als besonderer Vertrag	482

b) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Vertragserfüllung	483
c) Die Lösung des Gesetzgebers durch § 106 Abs. 1 Satz 2 InsO	483
d) Die Ansprüche des Vertragspartners	484
IV. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt	485
1. Die dogmatische Einordnung des Eigentumsvorbehalts in § 103 InsO	485
a) Die Wesensmerkmale des Eigentumsvorbehalts	485
b) Der Eigentumsvorbehalt als nicht erfüllter Vertrag	486
2. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Käufers	486
a) Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 Abs. 1 und § 107 Abs. 2 InsO	486
b) Der Schadensersatzanspruch des Verkäufers nach § 103 Abs. 2 Satz 1 InsO	487
c) Das Recht des Verkäufers auf Aussonderung der Ware nach § 47 InsO	487
3. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Verkäufers	488
a) Der Meinungsstand im früheren Konkursrecht	488
b) Die Pflicht zur Erfüllung nach § 107 Abs. 1 InsO	489
4. Die Sonderformen des Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz	490
a) Die praktische Bedeutung von Erweiterungen des Eigentumsvorbehalts	490
b) Der erweiterte Eigentumsvorbehalt	490
c) Der weitergeleitete Eigentumsvorbehalt mit Abtretung des Anwartschaftsrechts	491
d) Der nachgeschaltete Eigentumsvorbehalt	492
e) Der Eigentumsvorbehalt mit Verarbeitungsklausel	492
f) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	493
g) Die Verbindung verschiedener Eigentumsvorbehaltsformen	495
V. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108 ff. InsO	496
1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen	496
a) Die von § 108 InsO erfassten Rechtsverhältnisse	496
b) Das Fortbestehen nach § 108 InsO	496
c) Die Regelungssystematik der §§ 109 ff. InsO	497
aa) Die Unterscheidung nach Insolvenz des Mieters oder des Vermieters	497
bb) Die Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Gebrauchsüberlassung	497
cc) Die Regelungssystematik im Überblick	497
2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO	498
a) Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter	498
aa) Das Rücktrittsrecht des Insolvenzverwalters oder des Vermieters	498
bb) Der Schadensersatzanspruch des Vermieters nach § 109 Abs. 2 Satz 2 InsO	499
cc) Das taktische Verhalten des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 2 Satz 3 InsO	500
dd) Die Vollziehung des Miet- oder Pachtverhältnisses	500
b) Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter	500
aa) Das besondere Kündigungsrecht des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 1 InsO	500
bb) Die Ansprüche des Vermieters nach Kündigung durch den Insolvenzverwalter	502
cc) Die Kündigung durch den Vermieter	503

c) Die besondere Erklärung des Insolvenzverwalters bei Wohnraummiete	504
aa) Die Problemstellung für den Insolvenzverwalter und den Schuldner	504
bb) Die Erklärung nach § 109 Abs. 1 Satz 2 InsO	504
d) Die Ansprüche des Vermieters bei Vertragserfüllung	505
3. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters	505
a) Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter	505
b) Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter	506
aa) Die Fortdauer des Vertragsverhältnisses ohne Sonderkündigungsrecht	506
bb) Die Voraussetzungen über die Miete nach § 110 Abs. 1 InsO	507
cc) Die Aufrechnungsbefugnis des Mieters nach § 110 Abs. 3 InsO	508
dd) Die Rechte des Mieters nach Beendigung des Mietverhältnisses	509
c) Das Sonderkündigungsrecht des Erwerbers bei Veräußerung nach § 111 InsO	510
4. Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren	512
a) Die Nichterfüllung des Leasingvertrages nach § 103 InsO	512
b) Das Fortbestehen des refinanzierten Leasingkaufs nach § 108 Abs. 1 Satz 2 InsO	512
VI. Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse im Insolvenzverfahren	513
1. Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren	513
2. Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick	514
3. Der Bestand des Arbeitsverhältnisses vor Insolvenzeröffnung	515
a) Die systematische Einordnung von Lohn- und Gehaltsforderungen	515
b) Der Anspruchsübergang bei Leistung von Insolvenzzgeld	517
4. Die Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen nach § 113 Satz 1 InsO	518
a) Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	518
aa) Das Kündigungsrecht beider Teile	518
bb) Die Kündigungsfrist des § 113 Satz 2 InsO	519
cc) Die Lohn- und Gehaltsforderungen als Masseverbindlichkeiten	520
dd) Der Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers	525
b) Die sachlichen Voraussetzungen wirksamer Kündigung durch den Insolvenzverwalter	525
aa) Das Vorliegen der individual-arbeitsrechtlichen Voraussetzungen	525
bb) Der Kündigungsschutz bei Massenentlassungen	525
cc) Das Beschlussverfahren zu Betriebsänderungen	526
c) Die Vornahme von Entlassungen bei Betriebsübergang und § 613 a BGB	527
5. Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen und Vornahme von Betriebsänderungen nach §§ 120 ff. InsO	527
a) Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen durch den Insolvenzverwalter	527
b) Der Anspruch auf Zustimmung zu Betriebsänderungen	527
6. Der Sozialplan im Insolvenzverfahren nach § 123 InsO	528
a) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Erstellung eines Sozialplans	528

b) Der Sozialplan vor Insolvenzeröffnung	528
c) Die Erstellung eines Sozialplans nach Insolvenzeröffnung	529
7. Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO	530
a) Die Regelungssystematik der §§ 115 bis 117 InsO	530
b) Die von § 115 InsO erfassten Rechtsverhältnisse	530
aa) Der Auftrag nach §§ 662 ff. BGB	530
bb) Die Geschäftsbesorgung nach § 675 BGB	531
cc) Der Girovertrag und der Überweisungsvertrag als Sonderfall des § 116 Satz 3 InsO	531
dd) Die Vollmachtserteilung nach §§ 164 ff. BGB	532
ee) Die Prokura nach §§ 48 ff. HGB	532
c) Die Folgen der Insolvenzeröffnung	532
aa) Das Erlöschen der Rechtsverhältnisse mit Insolvenz- eröffnung	532
bb) Das Schicksal von Aufwendungsersatz- und Vergütungs- ansprüchen	533
d) Das Fortbestehen bei Notgeschäftsführung	533
e) Der Schutz des gutgläubigen Auftragnehmers oder Bevoll- mächtigten	534

11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung

I. Der Zweck der Insolvenzanfechtung	536
1. Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz	536
a) Die Rückgängigmachung eines sachlich nicht gerechtfertigten Vermögenserwerbs	536
b) Die actio Pauliana des römischen Rechts als Urbild der Insolvenz- anfechtung	537
c) Die Anfechtung in Konkurs und Gesamtvollstreckung	537
d) Die Neuregelung des Anfechtungsrechts durch die Insolvenz- ordnung	538
2. Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung	539
3. Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes	540
II. Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung durch den Insolvenz- verwalter	542
1. Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO	542
a) Der Anspruch auf Rückgewähr als schuldrechtlicher Ver- schaffungsanspruch	542
aa) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verfügungsgeschäfts ...	542
bb) Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verpflichtungs- geschäfts	543
b) Die ergänzende Anwendung bereicherungsrechtlicher Regelungen	544
2. Der Streit um die Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs	545
a) Die Theorien zum Anfechtungsanspruch	545
b) Der Zeitpunkt des Entstehens des Anfechtungsanspruchs und sein Erlöschen	547
3. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs	549
a) Die Erhebung der Anfechtungsklage	549
b) Die Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger des Anfechtungs- gegners nach § 145 InsO	549
c) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs nach § 146 InsO	550

4. Die Folgen der Anfechtung für den Anfechtungsgegner	551
a) Das Wiederaufleben seines Anspruchs als Insolvenzforderung nach § 144 Abs. 1 InsO	552
b) Die Rückerstattung der Gegenleistung nach § 144 Abs. 2 InsO bei Anfechtung von Verpflichtungsgeschäften des Schuldners	553
III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen	554
1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO	554
a) Der Begriff der Rechtshandlung	554
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners	555
bb) Die Rechtshandlung eines Gläubigers gegen den Schuldner	557
cc) Die Zwangsvollstreckungsmaßnahme als anfechtbare Rechts- handlung nach § 141 InsO	558
dd) Das Unterlassen als Rechtshandlung nach § 129 Abs. 2 InsO	559
b) Der für die Beendigung der Rechtshandlung maßgebliche Zeitpunkt	559
aa) Die Grundnorm des § 140 Abs. 1 InsO	560
bb) Der maßgebliche Zeitpunkt bei Grundstücksgeschäften nach § 140 Abs. 2 InsO	561
cc) Der maßgebliche Zeitpunkt bei bedingten Rechtshandlungen nach § 140 Abs. 3 InsO	565
dd) Die Beendigung einer Rechtshandlung nach Insolvenz- eröffnung nach § 147 InsO	566
2. Die Gläubigerbenachteiligung	568
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Gläubigerbenachteiligung ..	568
aa) Die Gläubigerbenachteiligung als kausale Folge der Rechts- handlung	568
bb) Die Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Gläubigerbenachteiligung	569
b) Das Bargeschäft nach § 142 InsO	571
aa) Die Voraussetzungen des anfechtungsfesten Bargeschäfts	571
bb) Die Verrechnungen im Kontokorrent als Bargeschäft	573
IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	574
1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO	574
a) Die allgemeine Unterscheidung zwischen kongruenter und inkongruenter Deckung	574
aa) Die den Deckungsgeschäften gemeinsamen Tatbestands- merkmale	574
bb) Die Abgrenzung von kongruenter von inkongruenter Deckung	575
b) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1 InsO	579
aa) Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners und die Kenntnis des Gläubigers	580
bb) Die Kenntnis des Gläubigers vom Insolvenzantrag	581
c) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 131 Abs. 1 InsO ..	581
d) Die konkrete Berechnung des für die Rechtshandlung maß- geblichen Zeitraums nach § 139 InsO	582
e) Die Beweislastregeln und die Beweislastumkehr bei nahe stehenden Personen	584
aa) Die Beweiserleichterung bei Kenntnis von Umständen der Zahlungsunfähigkeit	585
bb) Die Beweislastumkehr bei nahe stehenden Personen nach § 138 InsO	585

2. Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO	587
3. Die Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO	588
a) Die allgemeine Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO	588
b) Die Vorsatzanfechtung gegenüber nahe stehenden Personen nach § 133 Abs. 2 InsO	590
4. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO	591
5. Die Anfechtung kapitalersetzender Leistungen nach § 135 InsO	592
a) Der Kapitalersatz des § 32 a GmbHG im Insolvenzverfahren	592
b) Die Anfechtung der Besicherung kapitalersetzender Leistung nach § 135 Nr. 1 InsO	594
c) Die Anfechtung der Rückzahlung auf kapitalersetzende Leistungen nach § 135 Nr. 2 InsO	595
V. Die typischen Beispielfälle einer Insolvenzanfechtung	597
1. Die Zahlung des Schuldners zur Abwendung der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzantrags	597
a) Die Zahlung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung nach BGHZ 155, 75	597
b) Die Zahlung zur Abwendung eines Insolvenzantrags nach BGHZ 157, 242	600
2. Die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner	602
a) Die Zwangsvollstreckung als inkongruente Deckung	602
b) Die Anfechtung der Pfändung auch nach bereits erfolgter Verwertung	603
3. Die Insolvenzanfechtung im Grundstücksverkehr	604
a) Die Anfechtung bei Grundstücksveräußerung	604
aa) Der Aufbau einer anfechtungsrechtlichen Prüfung	604
bb) Die Anfechtung des Eigentumserwerbs unter Berücksichtigung des § 140 Abs. 2 InsO	605
cc) Die Anfechtbarkeit der Vormerkungsbestellung	605
dd) Die Anfechtbarkeit des schuldrechtlichen Grundgeschäfts und § 144 Abs. 2 InsO	606
b) Die Anfechtung der Bestellung von Grundpfandrechten	608
aa) Die Anfechtung rechtsgeschäftlich bestellter Grundpfandrechte	608
bb) Die Anfechtung von Vormerkung und Sicherungshypothek im Wege der Zwangsvollstreckung	610
c) Die Anfechtung der Einbeziehung ungesicherter Forderungen in eine offene Sicherheit	611

4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten

12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren

I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens	613
1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren	613
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan	615
a) Die Liquidation des schuldnerischen Unternehmens	616
b) Die übertragende Sanierung des Unternehmens	616
c) Die Sanierung des Unternehmens und des Unternehmensträgers ...	618
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens ...	621
II. Der Aufbau eines Insolvenzplans	622
1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219 ff. InsO	622

2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO	623
a) Der Bericht zu den Ursachen der Insolvenz und den weiteren Maßnahmen	623
b) Die Darstellung des Ziels des Insolvenzplans	624
c) Die Vergleichsrechnung	624
d) Der beispielhafte Aufbau des darstellenden Teils	626
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans	627
a) Die obligatorische Gruppenbildung nach § 222 Abs. 1 InsO	628
b) Die fakultative Gruppenbildung nach § 222 Abs. 2 InsO	629
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221 ff. InsO	631
a) Die Änderung der Rechtsstellung der Beteiligten	631
b) Die Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse nach § 228 InsO	633
aa) Die Bestellung und Freigabe von Mobiliarsicherheiten	634
bb) Die Abgabe grundstücks- und grundbuchrechtlicher Erklärungen	635
cc) Die Abgabe gesellschaftsvertraglicher Erklärungen	636
5. Weitere Festlegungen des Insolvenzplans	637
a) Die Überwachung der Planerfüllung durch den Insolvenz- verwalter	637
b) Die Festlegung eines Kreditrahmens nach § 264 InsO	638
6. Die notwendigen Anlagen zum Insolvenzplan	639
a) Die Vermögensübersicht nach § 229 InsO	639
b) Die Erklärungen bei Unternehmensfortführung nach § 230 InsO	640
III. Das Insolvenzplanverfahren	641
1. Die Einbringung des Insolvenzplans	641
a) Das Recht zur Planinitiative nach § 218 InsO	641
aa) Das Planinitiativrecht des Schuldners	641
bb) Das originäre Planinitiativrecht des Insolvenzverwalters	642
b) Der Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit	643
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin	644
a) Die Vorprüfung durch das Insolvenzgericht nach § 231 InsO	644
b) Die Einbeziehung der Beteiligten nach §§ 232 ff. InsO	646
c) Die Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins nach § 235 InsO	646
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan	647
a) Der Erörterungs- und Abstimmungstermin nach § 235 InsO	647
b) Die Abstimmung über den Insolvenzplan	648
c) Die zur Planannahme erforderlichen Mehrheiten nach § 244 InsO	650
4. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO	653
a) Der Zweck des Obstruktionsverbots	653
b) Die Voraussetzungen der Zustimmungsfiktion nach § 245 Abs. 1 InsO	653
aa) Das Verbot der Schlechterstellung nach § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO	654
bb) Die angemessene Beteiligung nach § 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO	655
cc) Das Mehrheitserfordernis des § 245 Abs. 1 Nr. 3 InsO	657
c) Die Anwendung des Obstruktionsverbots in der Rechtspraxis	659
5. Die Zustimmung nachrangiger Gläubiger nach § 246 InsO	661
6. Die Zustimmung des Schuldners nach § 247 InsO	662
7. Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach §§ 248 ff. InsO	663
a) Der Prüfungsumfang des Insolvenzgerichts	663
b) Die Prüfung von Verfahrensverstößen nach § 250 InsO	664

c) Der Minderheitenschutz nach § 251 InsO	665
d) Die Bekanntgabe der Entscheidung nach § 252 InsO	665
8. Die Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans nach §§ 254 ff. InsO ..	666
a) Die allgemeine Wirkungen nach § 254 InsO	666
b) Das Wiederaufleben von Forderungen nach § 255 InsO	666
c) Die Berücksichtigung bestrittener Forderungen nach § 256 InsO ..	667
d) Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan nach § 257 InsO	667
9. Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 258 InsO	668
13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung	
I. Die Überlegungen des Gesetzgebers zur Eigenverwaltung	670
1. Die Eigenverwaltung als flexibles Instrument der Selbst-	
verwaltung	670
2. Die Akzeptanz der Eigenverwaltung in der Rechtspraxis	671
3. Der Anwendungsbereich der Eigenverwaltung	672
II. Das Verfahren zur Anordnung der Eigenverwaltung	673
1. Die Anordnung auf Antrag des Schuldners	673
a) Der Antrag des Schuldners	673
b) Die Zustimmung eines antragstellenden Gläubigers	674
c) Keine Benachteiligung der Gläubiger	675
d) Die Anordnung durch das Insolvenzgericht	676
2. Die Anordnung der Eigenverwaltung auf Beschluss der Gläubiger-	
versammlung	677
3. Die Aufhebung der Eigenverwaltung	679
III. Die Rechtsstellung der Verfahrensbeteiligten in der Eigenverwaltung ...	680
1. Die Befugnisse und die Pflichten des Schuldners	680
a) Die vermögensrechtlichen Befugnisse des Schuldners	680
aa) Die Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts	681
bb) Die Zustimmungsbedürftigkeit nach § 276 InsO	682
b) Die insolvenzspezifischen Aufgaben und Befugnisse des	
Schuldners	682
2. Die Rechtsstellung des Sachwalters	683
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren	
I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung	685
1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation	685
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht	686
a) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts	686
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung	686
c) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich	687
3. Die Diskussion um Einzelfragen des Verfahrens	688
a) Die Gewährung von Kostenstundung als Voraussetzung des	
Insolvenzverfahrens	688
b) Die Redlichkeit des Schuldners als sachliche Voraussetzung einer	
Restschuldbefreiung	689
II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens	691
1. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Schuldner	691
2. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens	692
a) Die Durchführung eines Regel- oder eines Verbraucherinsolvenz-	
verfahrens	692

b) Die Einstellung des Verfahrens bei Masseunzulänglichkeit oder Masselosigkeit	693
aa) Die Einstellung des Verfahrens bei Masseunzulänglichkeit	693
bb) Die Einstellung des Verfahrens bei Masselosigkeit	695
3. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung	695
a) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen	695
aa) Die Form der Antragstellung	695
bb) Der Zeitpunkt der Antragstellung	696
b) Die Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	696
c) Die Dauer des Abtretungszeitraums	698
aa) Der Abtretungszeitraum von sechs Jahren	698
bb) Der Abtretungszeitraum von sieben Jahren	699
cc) Der Abtretungszeitraum von fünf Jahren	700
d) Der Vorschlag eines geeigneten Treuhänders	700
4. Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung	701
a) Die Prüfung der Zulässigkeit des Antrags	701
b) Die Zulassung zur Restschuldbefreiung im Schlusstermin	701
aa) Der Grundsatz der Zulassung nach § 289 InsO	701
bb) Der Antrag eines Gläubigers auf Versagung der Restschuldbefreiung	702
cc) Die Gründe für eine Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 InsO	703
c) Die Entscheidung des Gerichts	707
5. Der Ablauf des Abtretungszeitraums	709
a) Die Rechtsstellung des Treuhänders im Restschuldbefreiungs- verfahren	709
b) Die Aufgaben des Treuhänders während des Abtretungszeit- raums	710
c) Die Rechtsstellung der Insolvenzgläubiger	712
d) Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO	713
aa) Der Katalog der Obliegenheiten in § 295 Abs. 1 InsO	714
bb) Die Versagung der Restschuldbefreiung bei Verletzung einer Obliegenheit	715
e) Die Verurteilung des Schuldners wegen einer Insolvenzstraftat	717
f) Die Versagung der Restschuldbefreiung auf Antrag des Treu- händers	717
6. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	718
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf des Abtretungszeitraums	718
b) Die Erteilung der Restschuldbefreiung vor Ablauf des Abtretungs- zeitraums	718
III. Die Wirkungen der Restschuldbefreiung	720
1. Die Umwandlung der Insolvenzforderungen zu Natural- obligationen	720
2. Die Rechte gegenüber den Mitschuldnern und Bürgen	720
3. Die von der Restschuldbefreiung nicht erfassten Forderungen des § 302 InsO	721
4. Der Widerruf der Restschuldbefreiung	721
15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren	
I. Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz	723
1. Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenzverfahren ...	723
2. Der Verfahrensablauf im Überblick	724

II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	726
1. Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung	726
a) Der wesentliche Inhalt des Antrags	726
aa) Die Bestimmung der Verfahrensart	726
bb) Der Antrag auf Gewährung von Kostenstundung	727
b) Die Form des Insolvenzantrags	728
c) Die inhaltlichen Erfordernisse des § 305 Abs. 1 InsO	728
aa) Der Nachweis über das Scheitern außergerichtlicher Schuldenbereinigung	728
bb) Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	733
cc) Das Vermögensverzeichnis und das Gläubigerverzeichnis	734
dd) Der Schuldenbereinigungsplan	735
d) Mängel des Antrags und Mängelbeseitigung nach § 305 Abs. 3 InsO	738
2. Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung	739
a) Das Antragsrecht des Gläubigers nach § 13 InsO	739
b) Die Aufforderung des Schuldners zur eigenen Antragstellung	739
3. Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren	740
a) Die Entscheidung des Gerichts über Durchführung des Verfahrens	740
b) Das Ruhen des Eröffnungsverfahrens nach § 306 Abs. 1 InsO	741
c) Die Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen	742
d) Die Zustellung des Schuldenbereinigungsplans an die Gläubiger ..	743
aa) Die zuzustellenden Schriftstücke	743
bb) Die Notfrist für die Gläubiger nach § 307 Abs. 1 InsO	743
e) Die Änderung des Plans durch den Schuldner nach § 307 Abs. 3 InsO	744
f) Die Annahme des Schuldenbereinigungsplans	745
g) Die Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplans ...	746
aa) Die Wirkung eines Prozessvergleichs nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	746
bb) Das Erlöschen von Forderungen der Gläubiger nach § 308 Abs. 3 InsO	747
4. Die Zustimmungsersetzung nach § 309 InsO	748
a) Die Bedeutung und der Zweck der Vorschrift	748
b) Der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung widersprechender Gläubiger	749
c) Die sachlichen Voraussetzungen der Zustimmungsersetzung	749
aa) Die Zustimmung mehr als der Hälfte der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 Satz 1 InsO	749
bb) Die angemessene Beteiligung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 InsO	751
cc) Die wirtschaftliche Stellung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 InsO	752
dd) Der Ausschluss der Zustimmungsersetzung nach § 309 Abs. 3 InsO	755
d) Das Verfahren der Zustimmungsersetzung	756
aa) Die Anhörung der Beteiligten	756
bb) Die Entscheidung des Gerichts	756
cc) Die Anfechtung der Entscheidung	756
e) Die Wirkungen der Zustimmungsersetzung	756
III. Das vereinfachte Insolvenzverfahren nach §§ 311 ff. InsO	758
1. Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	758
2. Die Besonderheiten des vereinfachten Insolvenzverfahrens nach §§ 312 ff. InsO	759

a) Die eingeschränkte öffentliche Bekanntmachung	759
b) Die Abhaltung nur einer Gläubigerversammlung	759
c) Die Durchführung im schriftlichen Verfahren	760
3. Die erweiterte Geltung der Rückschlagsperre nach § 312 Abs. 1 Satz 3 InsO	761
4. Die Bestellung des Treuhänders nach § 313 InsO	761
a) Die Auswahl des Treuhänders und seine Rechtsstellung	761
b) Die Aufgaben und Befugnisse des Treuhänders	762
aa) Die Verwertung der Insolvenzmasse	762
bb) Die Befugnis zur Anfechtung nach §§ 129 ff. InsO	762
cc) Die Verwertung von mit Absonderungsrechten behafteten Gegenständen	763
5. Die vereinfachte Verteilung nach § 314 InsO	765
a) Der Regelungsgehalt der Vorschrift	765
b) Der Antrag des Treuhänders auf vereinfachte Verteilung	765
c) Die Aufforderung des Gerichts an den Schuldner	766
d) Die Versagung der Restschuldbefreiung nach § 314 Abs. 3 Satz 2 InsO	767
Stichwortverzeichnis	769